
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 5. Februar in Neuenburg

Tagespräsident: Blaise Horisberger

1. Begrüssung

Blaise Horisberger begrüsst die Delegierten im Namen der Neuenburger Grünen zur ersten Delegiertenversammlung im Jahr 2000. Die Stadt Neuenburg hat die Anliegen des Umweltschutzes in den letzten Jahren immer stärker integriert in die kommunale Politik und engagiert sich auch in der Umsetzung der Lokalen Agenda 21.

Entschuldigt hat sich Anita Frei.

Ruedi Baumann blickt zurück auf die Wahlen vom November, erwähnt im besonderen das sensationelle Resultat der Grünen im Kanton Neuenburg und dankt allen, die sich in irgendeiner Form im Wahlkampf engagiert haben.

Er verabschiedet Felix Wirz und verdankt sein Engagement als Generalsekretär, und Adrian Schmid, den grünen Vordenker aus Luzern, der seine Ideen und Energien viele Jahre in die grüne Sache gesteckt hat.

Herzlich begrüsst wird Hubert Zurkinden, der neue Generalsekretär ab 1. Mai, auf den viel Arbeit wartet!

Cécile Bühlmann, eben zurück von der Int. Holocaust-Konferenz in Stockholm als Mitglied der Eidg. Kommission für Rassismus, an der auch Österreich Thema vieler Diskussionen war, spricht sich klar für Unterstützung der Haltung der 14 EU-Staaten gegenüber Österreich aus. Es geht um die Grundwerte der Demokratie, die es zu schützen gilt.

Sie berichtet nur Positives aus der neu zusammengesetzten Fraktion mit verstärktem welschem Anteil.

Erica Hennequin verweist einerseits auf das Ausland, d.h. auf die sich weiter verschärfende Situation in Chiapas, wo eine Art subtiler Völkermord geschieht, andererseits auf die Schweiz, wo die bevorstehende Abstimmung zur Quoteninitiative viel Engagement erfordert.

Fernand Cuche ist daran, sich in seine neue Aufgabe als Parlamentarier einzuarbeiten. Bei seinem Engagement gegen die WTO geht es darum, die soziale Frage nicht auszuklammern und sich für einen fairen Welthandel einzusetzen.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen gewählt werden Herr Bommeli und Frau Ruger.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 19. September 1999 wird genehmigt.

Wahl des/der PräsidentIn

Ruedi Baumann wird mit Akklamation für eine weitere Amtszeit zum Präsidenten gewählt.

Ergänzungswahl in den Vorstand:

Als Vertreterin des Kantons Genf neu in den Vorstand gewählt wird Anita Frei, Jasmine Djabri ist ihre Stellvertreterin.

Tobias Roosen wird als Ko-Präsident der Sozialkommission in den Vorstand gewählt.

Wahl Revisor

Neu zum Revisor gewählt wird Martin Bischoff aus dem Kanton Zürich

3. Stellungnahmen zu den Abstimmungen vom 12. März 2000

3.a) Volksinitiative «für die Halbierung des motorisierten Straßenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen » (Verkehrshalbierungs-Initiative)

Pia Hollenstein stellt das urgrüne Anliegen vor. Die Umweltsituation verlangt Umdenken in der Schweizerischen Verkehrspolitik. Motorisierter Verkehr ist Hauptverursacher Luftbelastung und die Zunahme der Umweltkatastrophen ist ein deutliches Zeichen. Rund 40'000 Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr, bei den Mobilitätsdienstleistungen, beim Rollmaterialausbau, im Tourismus können geschaffen werden.

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein Ja zur Volksinitiative aus!

3.b) Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden»

Frauen sind immer noch überall untervertreten, ihre Wahlchancen sind sogar gesunken, wie eine Untersuchung des BfS zeigen. Die Initiative enthält, so Ruth Gonseth, keine revolutionären Forderungen: Quoten- und Proporzregelungen dienen auf allen Ebenen und in verschiedensten Gremien als probates Mittel der Machtverteilung. Ergänzung zum Majorz- und Proporzwahlrecht. Das Einbringen einer andern Lebenserfahrung ins Parlament hat eine repräsentativere Demokratie zur Folge.

Die Delegierten sprechen sich mit zwei Nein und drei Enthaltungen für ein Ja zur Quoteninitiative aus.

3.c) Volksinitiative «für die Beschleunigung der direkten Demokratie»

Über Volksinitiativen müsste, so will es die Initiative, innert eines Jahres nach Einreichung abgestimmt werden. Cécile Bühlmann führt aus, dass Volksinitiativen auch Minderheiten ermöglichen, neue Ideen zu lancieren. Initiativen beleben die politische Landschaft, sie lösen häufig Gegenvorschläge aus, die dann oft auch

angenommen werden. Um genügend Zeit zur Ausarbeitung von Gegenvorschlägen zu haben, aber auch, um in einem Zweikammersystem vernünftig und sorgfältig arbeiten zu können, ist eine Frist von einem Jahr zu knapp bemessen.

Pierre Santschi und Luzius Theiler plädieren für ein Ja zur Initiative. Sie beschreiben aus ganz persönlicher Sicht ihre Erfahrungen mit Initiativen, die sehr lange verschleppt wurden und wie den Initiativkomitees dadurch grosse Probleme verursacht wurden.

Mit 5 Ja, bei 5 Enthaltungen wird die Initiative von der grossen Mehrheit der Delegierten verworfen.

3.d) Volksinitiative «zum Schutz des Menschen vor Manipulation in der Fortpflanzungstechnologie»

Margrith von Felten, seit 1985 im Gentech-Widerstand und Juristin im Sanitätsdepartement des Kantons Basel, geht es nicht darum, jemandem das Recht auf ein Kind abzuspriechen. Es stehen therapeutische Möglichkeiten zur Verfügung, aber nicht alle sollen zugelassen werden. Grenzen der indiv. Freiheit, wo Schädigungen auf Gesamtheit der Gesellschaft betroffen ist.

Nur ein Verbot der In-vitro-Fertilisation kann die Entwicklung in der Embryonenforschung stoppen. Ein Ja könnte ein weltweit wichtiges Signal gegen die Instrumentalisierung und die Verdinglichung des menschlichen Lebens setzen.

Rémy Scheurer, Nationalrat der Liberalen Partei, kritisiert das enge Familienbild der InitiantInnen, das in keiner Art und Weise der Realität entspricht. Es geht nicht um eine Instrumentalisierung der Menschen, da es die Betroffenen selber sind, die sich für diesen Schritt entscheiden und sehr viel auf sich nehmen. Verbot der Therapien für die, die an der Krankheit Sterilität leiden, ist Verweigerung des Rechts auf Heilung.

In der anschliessenden Diskussion, in der beide Positionen vertreten werden, plädieren einzelne Delegierten für Stimmfreigabe.

In einer ersten Abstimmung sprechen sich 31 Delegierte für ein Ja und 28 für ein Nein bei 8 Enthaltungen aus.

Der Präsident verweist auf den Vorstandsantrag auf Stimmfreigabe. In der anschliessenden Abstimmung sprechen sich 43 zu 15 Delegierte für Stimmfreigabe aus.

3e) Bundesbeschluss über die Reform der Justiz

Nicht wirklich umstrittener Bundesbeschluss, da alle kritischen Punkte umgangen wurden.

Drei zentrale Punkte führt Anne-Catherine Menétrey aus:

Vereinheitlichung der Zivil- und das Strafprozessrechts, Zugang aller zu einem unabhängigen Gericht und Entlastung des Bundesgericht durch die Einführung richterlicher Vorinstanzen.

Daniele Jenny bedauert, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit rausgekippt wurde und bittet die grüne Fraktion, sich diesbezüglich zu engagieren.

Der Bundesbeschluss wird bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme angenommen.

4. Parole Volksabstimmung Bilaterale Verträge

Am 30. Oktober hat der Vorstand seinen Entscheid getroffen und Ja zu den Bilateralen Verträgen gesagt.

Luzius Theiler und Egon Schneebeili plädieren für ein Nein zu den Verträgen. Ihrer Ansicht nach steht das Verkehrsabkommen in Widerspruch zur Alpeninitiative, das ganze Vertragspaket kann nur schon deshalb nicht angenommen werden.

Pia Hollenstein weist daraufhin, dass der Verein «Alpeninitiative» für ein Ja zu den Verträgen eintritt. Bei Ablehnung sei zudem die Umsetzung der LSVA gefährdet.

Mit 6 Nein und zwei Enthaltungen wird von der grossen Mehrheit der Delegierten die Ja-Parole beschlossen.

5. Verschiedenes

Militärgesetzrevision

Es geht darum, bewaffnete Auslandseinsätze möglich zu machen. Die Delegierten unterstützen das von Fernand Cuche vorgelegte Papier, mit dem verlangt wird, die Debatte über die Teilrevision zu verschieben und sie «in eine umfassendere Reflexion einzubetten, und dies in enger Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen.»

Bern, 9. Februar 2000

Für das Protokoll: Gabriela Bader